

Kreis streicht in 13 Jahren insgesamt 160 Planstellen

BEHÖRDE Der Personalrat des Landkreises Müritz wehrt sich gegen die immer wieder aufgestellten Behauptungen von zu hohen Personalkosten.

VON ANTJE GEST

MÜRITZKREIS. Kaum eine Ausschusssitzung ohne das Thema Personalkosten, kaum ein Kreistag, auf dem nicht mindestens ein Abgeordneter über zu viel Geld für zu viele Mitarbeiter der Verwaltung wettert. Der Vorsitzende des Personalrates des Landkreises Müritz, Uwe Klingenberg, wehrt sich jetzt gegen diese Vorwürfe und bezeichnet die Kritik als nicht nachvollziehbar und haltlos. „Das, was haupt-

sächlich von dem FDP-Politiker Toralf Schnur verbreitet wird, können wir so nicht stehen lassen. Die Höhe der Personalkosten eines Kreises in ein Verhältnis zur Höhe der Kreisumlage zu setzen ist in etwa so als wenn man die sprichwörtlichen Äpfel mit Birnen vergleicht“, so Uwe Klingenberg. Der Landkreis Müritz habe derzeit die zweitniedrigste Kreisumlage in Mecklenburg-Vorpommern und auch in Sachen Personal in den vergangenen Jahren kräftig gespart.

Seien im Jahr 1996 noch 493 Frauen und Männer beim Kreis angestellt gewesen und dabei Kosten von rund 17,7 Millionen Euro entstanden, verfügte die Behörde sieben Jahre später lediglich noch über 398 Planstellen

(rund 17 Millionen Euro) und heute über 333 Planstellen, die ebenfalls etwa 17 Millionen Euro kosten würden. „In den letzten 13 Jahren ist der Personalbestand also um beachtliche 160

Stellen reduziert worden. Dennoch sanken die Kosten nur um 700 000 Euro. Das hat mehrere Gründe“ sagte Uwe Klingenberg. So erhielten die Beschäftigten 1996 lediglich 84 Prozent des Westgehaltes, seit 2008 sind es die 100 Prozent. Darüber hinaus habe es zwisch-

enzeitlich einige Tarifabschlüsse gegeben, was höhere Gehälter nach sich zog. „Wenn man all diese Erhöhungen berücksichtige, hätte der Landkreis ohne den Abbau der 160 Stellen jetzt Personalkosten in Höhe von rund 22 Millionen

Euro“, verdeutlicht der Chef des Personalrates. Zudem gibt er zu Bedenken, dass in den vergangenen Jahren noch andere Faktoren, die der Kreis nicht beeinflussen konnte, zu einer Erhöhung der Kosten geführt haben. Als Beispiele nennt er die höheren Arbeitgeberanteile bei der Kranken-, Renten-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung.

Klingenberg betont darüber hinaus, dass es trotz des Personalabbaus gelungen sei, eine arbeitsfähige Verwaltung, die für die Bürger da sei, zu erhalten. Auch deshalb könnten die Beschäftigten des Hauses nicht verstehen, dass sie ständig in der Kritik stehen würden. Sie seien gut ausgebildet, motiviert und identifizieren sich mit ihrem Arbeitgeber. „Ich fordere die Kreistagsmitglieder deshalb zu einem fairen Umgang mit unseren Beschäftigten auf“, so Uwe Klingenberg.



U. Klingenberg

FOTO: LANDKREIS